

Wann protestiert die SPD unserer Stadt?

Nichts ist mehr so, wie es war. Als die DKP / Offene Liste in unserer Stadt mit der SPD vor mehr als zwei Jahren eine lockere Kooperation verabredete, war ein Grund dafür, wir wollten nicht, daß die hiesige rechtskonservative CDU an Boden gewinnt.

Wie viele hatten wir im Herbst 1998 die Erwartung, daß sich mit der neuen Bonner Koalition für die „kleinen Leute“ einiges verbessert. Aber dann beteiligte sich die jetzige Regierung an einem völkerrechtswidrigen Krieg und führt im Lande selbst einen ungeheuren Raubzug auf die Taschen der Normalverdiener und der Rentnerinnen und Rentner. Aus der „Neuen Mitte“ wird immer mehr die „Alte Rechte“.

In einem Brief hat der Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende die rund 800.000 SPD-Mitglieder aufgefordert, den Sparkurs der Regierung „offensiv zu vertreten“. Offenbar wirkt der Brief, denn kaum ein Sozialdemokrat vor Ort ist aufmüpfig.

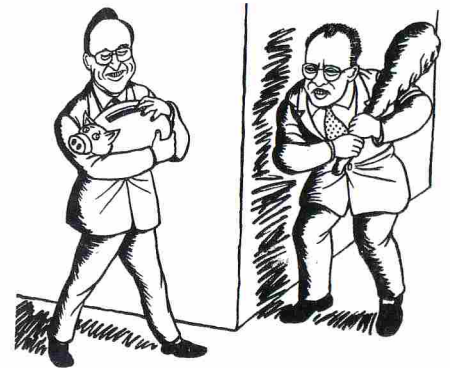
Natürlich, Schröders Politik hat ebenso wie die Forderung des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Beck (SPD), nach einem zweijährigen Lohnstopp die Gemüter in Teilen der SPD und in den Gewerkschaften erhitzt. Beim Einkaufen hört man jedenfalls schon öfters die Frage: „Warum haben wir eigentlich SPD gewählt?“

Immerhin gibt es jetzt auch in der oberen SPD-Etage Protest, so im Saarland von Ministerpräsident Klimmt, der demnächst vor einer Wahl steht und sich schon deswegen anders verhält.

Viele der Sozialdemokraten in unserer Stadt sind ebenso sauer über die Entwicklung. Aber sie schweigen. Noch nicht einmal bei den örtlichen Jusos gibt es hörbare Proteste. In Mörfelden-Walldorf gibt es keinen Klimmt. Natürlich muß man in der Politik differenzieren - andererseits „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen“. Bleibt die Frage, kann man weiterhin so tun, als sei nichts geschehen? Oder schwindet nicht auch mit dieser Entwicklung die Basis für unser kommunalpolitisches Verständnis und Entgegenkommen?

Der Klimmt-Brief

Der saarländische Ministerpräsident stellte in seinem Brief an die SPD-Spitze die Gretchenfrage: Wenn schon Langzeitarbeitslose und Rentner belastet werden, ist es dann nicht recht und billig, daß auch die Millionäre einen Beitrag leisten müssen? Und Klimmt wörtlich: „Sozialdemokratische Politik orientiert sich an einer Reihe von Grundwerten. Andernfalls wäre sie beliebig undefinierbar.“ Der Klimmt-Brief endet mit der Formulierung: „Um der sozialen Ausgewogenheit des Sparpakets willen halte ich es für recht und billig, auch diejenigen in die Pflicht zu nehmen, die über hohe Privatvermögen verfügen. Die Einführung einer Steuer auf das private Vermögen von Millionären ist für mich ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.“



Scharping will 20 Milliarden Mark mehr

Er sieht diesen Finanzbedarf für die nächsten 10 Jahre und begründete dies mit der wachsenden „internationalen Verantwortung“ der deutschen Soldaten. „Dazu gehören hochwertige Ausrüstung, Aufklärung, Transport. Das ist mit den jetzt geplanten Zahlen nicht zu finanzieren“ (Scharping). Sein Jahresetat z.Zt.: 47,6 Milliarden Mark.

Im übrigen forderte er mehr Disziplin in seiner Partei. Vor ein paar Jahren demonstrierte dieser Mann noch gegen Starfighter. Noch Fragen?

Die Gewerkschaften HBV, IG Medien, NGG und GHK übten harsche Kritik am „Sparpaket“ und kündigten Widerstand an.

HBV-Vorsitzende Margret Mönig-Raane: „Bundeskanzler Gerhard Schröder macht nahtlos weiter, wo die Regierung Kohl aufgehört hat.“ Sie fragte: „Wo bitte bleibt die soziale Gerechtigkeit, wenn bei Rentnern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern gespart wird, die Wirtschaft aber Steuergeschenke in Milliardenhöhe erhält?“

Kreis will bei Sozialdiensten „intelligent sparen“

Landrat Enno Siehr (SPD): „Müssen alles überprüfen und Auswüchse zurückschneiden“

Von Walter Keber
 Der Kreis will intelligent sparen und dabei alle Leistungen und Standards über-
 sozialen Kahlschlags Abstand und mache es dem Kreis möglich, begonnene Vorhaben weiterzuführen.
 noch stärker benötigt. „Wir stehen zu diesen Diensten, und wir stehen zu unserer Richtung.“
 „Eine stolze“

Eichel macht's oben vor - Siehr, die Bürgermeister und Kämmerer machen's vor Ort. Neu sind bestenfalls die Sprüche: „intelligent sparen“.



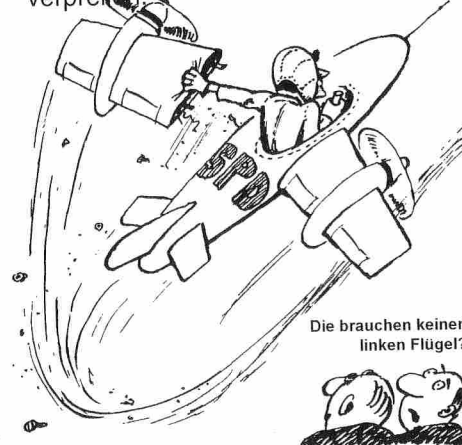
„Unzumutbare Opfer“

IG-Medien-Chef wirft Schröder soziale Spaltung vor

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Medien, Detlef Hensche, hat die Sparpolitik der Bundesregierung scharf kritisiert. In einem Brief an den Bundeskanzler weist er dessen Bitte zurück, sein Programm 2000 zu unterstützen. Hier heißt es u.a.:

Lieber Gerhard Schröder,
 Dein Mitgliederbrief zur Erläuterung des Zukunftsprogramms 2000 fordert zu einer Antwort heraus. (...) Du bittest um Unterstützung bei der Verwirklichung jenes Programms. Dieser Bitte kann ich nicht nachkommen.
 (...) Das Programm wird keine Beschäftigung schaffen, sondern vorhandene Arbeitsplätze gefährden; es wird die soziale Spaltung unserer Gesellschaft vertiefen; und es bürdet in häßlicher Fortsetzung der früheren Regierungspolitik ausgerechnet denen unzumutbare Opfer auf, die auf Schutz und solidarischen Ausgleich existenziell angewiesen sind: den Rentnern und den Arbeitslosen.
 (...) Die Hauptlast des Einsparvolumens sollen Arbeitslose und Rentner tragen. Zum Teil werden sich die vorgesehenen Kürzungen in höheren Sozialhilfe-Aufwendungen der Städte und Gemeinden niederschlagen, zu Lasten der kommunalen Infrastruktur und der Beschäftigung. Den Ar-

beitslosen droht der Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe, eine Deckelung der Leistungserhöhungen und die Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe; die heruntergekürzte Rentenvorsorge solle, so die regierungsamtliche Begründung, „den Anreiz zur Aufnahme von Arbeit erhöhen“. Die Rentner (...) tragen die höhere Mehrwertsteuer ebenso wie die Ökosteuer und andere Abgaben, ohne etwa an der Entlastung der Lohnnebenkosten teilzuhaben. Zum Dank dafür sollen sie nunmehr von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Wäre die Polemik der CDU/CSU nicht so abgrundtief pharisäerhaft - als Gewerkschaftler müsste man sie unterstützen. Wenn ich die Stimmung insbesondere in den Gewerkschaften richtig deute, wäre die SPD mit dieser Art Haushaltskonsolidierung auf dem besten Weg, ihre Anhänger und Wähler zu verprek-



14,5 Billionen

Der Grundbesitz, Wertpapiere, Privatjets einer kleinen Oberschicht im Lande beträgt nach einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 14,5 Billionen Mark, Das aktuelle Geldvermögen summiert sich auf 5,7 Billionen Mark und wächst stetig.
 Die Kluft zwischen arm und reich in diesem Lande wird ständig größer.

Altenfeindliche Gesellschaft

Folgendes teilte uns ein Rentner mit und war dabei sehr empört:

Seit Jahren war er für einen Beitrag von 14 Mark jährlich bei der Deutschen Krankenversicherung (DKV) in einer Auslandsreise-Krankenversicherung. Diese Versicherung lief schon viele Jahre und wurde für ihn und seine Frau jährlich vom Konto abgebucht. Beide haben zum Glück die Versicherung noch nie in Anspruch nehmen müssen. Nun erhielt er ein Schreiben, daß er und seine Frau, da sie das 70. Lebensjahr überschritten hätten, nun nicht mehr versichert seien. Wenn er die Versicherung aufrechterhalten wolle, müsse er künftig 96 Mark Jahresbeitrag pro Person zahlen. Da er glaubte, es handele sich bei der DKV um einen Einzelfall, erkundigte er sich noch bei anderen Versicherungen. Bei allen Angefragten ist es so, daß bei Auslandsreise-Krankenversicherungen die über 65-70jährigen ausgesondert werden bzw. bei Weiterversicherung einen höheren Beitrag zahlen müssen als die Jüngeren. Dabei wäre noch zu untersuchen, ob ältere Personen eine solche Versicherung wirklich mehr in Anspruch nehmen als Jüngere. Ältere üben ganz selten noch unfallträchtige Sportarten wie Skilaufen, Bergsteigen, Klettern u.s.w. im Urlaub aus. Mit diesen Maßnahmen werden alle älteren Menschen aus solchen Versicherungen aussortiert und mit neuen Verträgen bei höheren Beiträgen zugleich höhere Gewinne erzielt.
 Aber sind es nur die Versicherungen, meinte unser Rentner? Auch die Bonner Regierung mit dem Finanzminister Eichel will den Rentnern zustehende Rentenerhöhungen streichen. Schröder und Fischer sprechen dazu dann im Fernseh zu den Rentnern gewandt und nennen sie Oma und Opa, die doch auch an ihre Kinder und Enkel denken sollen. So wird nicht nur altenfeindliche Politik gemacht, so werden auch bewußt die Alten gegen die Jungen ausgespielt.
 Heinz Hechler

Der „blickpunkt“ freut sich auf Leserbriefe

Flughafen-Mediation prüft Umsiedlung von Städten

Frankfurt. Die Suche nach einer Lösung für die Ausbau-Pläne des Frankfurter Flughafens geht in ihre entscheidende Phase. Die Mitglieder der von der Landesregierung einberufenen Vermittlungsrunde wird acht Szenarien zur Entwicklung des Airports im Detail untersuchen. Die Mediatoren wollen dabei auch die Möglichkeiten für die Errichtung neuer Rollbahnen im Norden und Süden des Airports prüfen, mit denen erhebliche Lärmbelastungen

verbunden wären. Experten halten es dabei für ausgeschlossen, daß beim Bau einer (oder mehrerer) Südbahnen ein weiteres Bewohnen von Zeppelinheim möglich wäre. Gleiches gilt für Raunheim, falls die Entscheidung für eine Nordbahn im Kelsterbacher Wald fallen sollte. FAG-Sprecher Klaus Busch hält die Umsiedlung einer ganzen Stadt als Folge eines Flughafen-Ausbaus für „unbezahlbar“. An so etwas denke man nicht. (gh) ► Seite 3

Ergebnisoffen? Da lachen ja die Hühner!

Offenbar gibt es immer noch Leute, die glauben, die Mediation sei ergebnisoffen. Also, wenn dort alles geprüft worden ist und es sich zeigt, eine neue Bahn ist ökologisch nicht mehr zu vertreten - dann wird sie auch nicht gebaut. Kinderkram. Von Anfang ging es dort nur um das „wie“ und nicht um das „ob“.

Auch wenn Kurt Oeser und Bernhard Brehl wirklich meinen, die Mediation sei ergebnisoffen, wird die brutale Wirklichkeit darüber hinweggehen.

Die Ausbaubetreiber haben ganz andere Möglichkeiten, Meinung zu machen und politischen Druck zu erzeugen. Wer reich ist, ist einflußreich. Da wird mit allen Tricks gearbeitet.

Die Ausbaubetreiber haben nie daran gezweifelt, ihren Willen letztlich durchsetzen zu können.

Der Steuerzahler bezahlt für den Mediationsschleiertanz sicher mehr als fünf Millionen Mark. Dafür wird ihm vorgegaukelt, man würde ökologische Auswege suchen. Als könne es die bei den geplanten 800.000 Flugbewegungen im Jahr überhaupt noch geben. Perverse Auswüchse: In der „Frankfurter Neue Presse“ (s. Abb.) stand am 20. Juli die Überschrift „Flughafen-Mediation prüft Umsiedlung von Städten“. Eigentlich wäre es jetzt an der Zeit, daß die Mediatoren, die den Ausbau nicht wollen, das Handtuch werfen, den Laden verlassen und den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit sagen. Bei einer neuen Landebahn im Kelster-

bacher Wald werden mehr als 150.000 Menschen im Rhein-Main-Gebiet von der Steigerung des Fluglärms betroffen. In Offenbach werden rund 25.000 unter der geplanten Einflugschneise leben. Die von der FAG „positiv“ bewertete Nordbahn-Variante bedeutet einen Koordinationseckwert von bis zu 139 Maschinen pro Stunde (heute 80), über 2000 Flugzeuge pro Tag (heute 1115). Man plant schon bis zu 800.000 Maschinen im Jahr.

In Mörfelden-West, Raunheim, Büttelborn und andere Kommunen werden die Menschen dann künftig nur mit Ohrstöpseln herumlaufen können. Aber den Wachstumsfetischisten bei der FAG wird eine neue Bahn eh nicht reichen, sie wollen schließlich zusätzlich Erbenheim. Machen wir dann eine neue Mediationsrunde, um das Umland einzulullen?

Gehen wir davon aus: Brehl und Oeser sind gegen den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens. Dann sollten sie es aber auch klar und deutlich in der Öffentlichkeit sagen. Das ist entscheidend! Damit würden sie den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, den Ausbaugegnern in den Bürgerinitiativen und anderen Organisationen außerordentlich helfen. Niethammer, auch ein Mediator, ist da nicht so zurückhaltend. Er will den Ausbau und sagt es öffentlich.

Entscheidend für die Zukunftsdiskussion sind Fakten.

Beispiele: Vor acht Jahren hatten wir ca. 80 Nachtflüge, heute sind es manchmal 170.

1997 gab es 392.000 Flugbewegungen, 1998 schon 419.210, in diesem Jahr gibt es einen weiteren steilen Anstieg. Man rechnet, mit den schon vorhandenen Bahnen auf 550.000 erhöhen zu können. Ist das auf Dauer auszuhalten?

Reden wir vom Krach, von den „Einzelschallereignissen“, wie es vornehm heißt.

In Mörfelden-West und -Süd wurden am 17.7.99 von einem Anwohner einige Zeiten ausgewählt:

Überflüge gab es zum Beispiel um

12.00, 12.02, 12.04, 12.05, 12.16, 12.18 und 12.22 Uhr.

Oder um 19.58, 19.59, 20.02, 20.08, 20.14, 20.18, 20.20, 20.22, 20.25 und 20.32 Uhr. Oder auch um: 22.25, 22.27, 22.29, 22.31 und 22.34 Uhr. Auch schon zur Schlafenszeit: 2 mal um 22.57 und um 22.59, 23.01, 23.03, 23.05, 23.08, 23.11 Uhr. Man merkt, es gibt Stunden da gibt es keine Pause.

Es wird nur vom Wirtschaftsstandort geredet, keiner benutzt das Wort Lebensstandort.

Das wäre aber notwendig, denn hier leben Menschen, und die sollen auch morgen noch hier leben können.

Der Flughafen nimmt, was er durchsetzen kann. Eine oder zwei Nordbahnen und dazu noch Erbenheim . . .

Egal wo die Bahnen hinbetoniert werden sollen, der Verkehr und damit der Krach und Dreck würde in der Region bleiben. Vielleicht können dann auf dem Rathaus kostenlos Ohrstöpsel und Atemmasken verteilt werden.

Rudi Hechler

Wiesbadener Kurier, 1.7.99

FAG: Nordbahn und Erbenheim

FRANKFURT (red) Wer die Kapazitäten des Frankfurter Flughafens auf Dauer sichern und ausbauen wolle, komme langfristig nicht daran vorbei, neben dem Bau einer Nordbahn auch die Nutzung von Wiesbaden-Erbenheim in Erwägung zu ziehen. Diese Auffassung vertritt Herbert Bekker, Mitarbeiter des Vorstands der Flughafen-AG (FAG). Bei einer Lösung „Nordbahn oder Erbenheim“ werde der Flughafen schon in kurzer Zeit wieder an seine Kapazitätsgrenzen stoßen. Mit den Amerikanern über die künftige Nutzung von Erbenheim zu verhandeln, das sei Sache der Landesregierung, sagte der FAG-Vorstandsvorsitzende Wilhelm Bender. Die Entscheidung über den Flughafen ausbau steht Anfang nächsten Jahres im Landtag an.

Erleichterungen für Radfahrer - das dauert

Wie schon oft in dieser Zeitung beschrieben - insgesamt seit 1990 in 29 Beiträgen - ist Mörfelden-Walldorf beileibe keine radfahrerfreundliche Stadt. Bis auf wenige Ausnahmen, z.B. in Rüsselsheim, trifft das auch auf den gesamten Kreis zu, ganz besonders auf die Kreisstadt Groß-Gerau. Der Verfasser dieser Zeilen, der mit den Radwanderern der SKV fast jeden zweiten Sonntag ca. 60-70 km durch die Lande fährt, weiß, wovon er spricht. An was es in unserer Stadt mangelt, ist hinreichend bekannt, sollte aber trotzdem noch einmal kurz aufgezählt werden.

1. Die Sicherheit für Radfahrrinnen und Radfahrer muß erhöht werden durch mehr Radwege und markierte Radstreifen. Für viele Frauen ist das Fahrrad ein wichtiges Transportmittel beim täglichen Einkauf. Wie groß die Gefahr auf unseren Ortsstraßen ist, zeigen die jüngsten schweren Unfälle zwischen Autofahrern und Radfahrern. Auch an die große Zahl von Schulkindern und Berufstätigen die täglich zur Schule oder zum Bahnhof fahren, sei hier erinnert.
2. Zur Sicherheit tragen auch abgesenkte Randsteine bei. Hier hapert es an vielen Stellen in unserer Stadt.
3. Für die heute oft teuren Fahrräder müssen auch neuzeitliche Abstellmöglichkeiten vorhanden sein, die Beschädigungen an Fahrrädern ausschließen. Diese Fahrradständer fehlen an fast allen städtischen Einrichtungen (Rathäuser, Bürgerhaus, Kitas), aber auch die privaten Einkaufsmärkte und Geschäfte sind hier gefordert.
4. Das Radwandern findet immer mehr Zuspruch. Nach Mitteilung des Allgemeinen - Deutschen - Fahrrad - Club's (ADFC) werden dieses Jahr über drei Millionen Deutsche ihren Urlaub auf dem Fahrrad verbringen. Hierfür müssen die überörtlichen Radrouten zum Teil verbessert und ausgeschildert werden.

Für all diese Forderungen wurden von der DKP/OL-Fraktion seit 1990 schon viele Anträge im Stadtparlament eingebracht. Für diese Forderungen wurden über 200 Unterschriften gesammelt und dem Bürgermeister überreicht. Damit diese Arbeiten besser vorankommen, wurde für das Bauamt ein neuer Sachbearbeiter eingestellt. Inzwischen ist die Planung für einige Detailpunkte soweit fortgeschritten, daß der Umsetzung nichts mehr im Wege steht.

Folgende Maßnahmen sollen vorab erledigt werden: Umbauarbeiten an der Überquerung der B44 (Bachgasse) zur besseren Einfädelung des Radweges

von Osten (Egelsbach) in Richtung Westen (Rüsselsheim, Nauheim, Groß-Gerau).

Beidseitige Radstreifen entlang der Aschaffenerstraße zwischen Nordring und Farmstraße.

Aufstellen der ersten Fahrradständer am Rathaus und an der Bücherei in Mörfelden.

Weitere Maßnahmen sind jedoch dringend erforderlich, so z.B. die Fahrradständer an den Bahnhöfen, wozu die Bahn ihre Genehmigung jetzt erteilt hat. Wir bleiben dran.

Heinz Hechler

Anzeige

Grillfest der Sonntagsspaziergängerinnen und -spaziergänger

Walldorfer Grillplatz
Sonntag, 5.9.1999, ab 13 Uhr

Getränke, Holzkohle und Brot werden bereitgestellt.

Grillgut, Teller, Becher, Bestecke mitbringen.
Salat- und Kuchenspenden dringend erwünscht!

Anzeige

Marktplatz der Flughafen-Anlieger

Samstag, 18.9.99, 15-22 Uhr
Stadtzentrum Raunheim
mit
Hüpfburg, Schminkaktion
Kinderzauberer MANIOLI
„Skippy in the garden“
Kulturcafe-Chor Groß-Gerau
„Jumpin'Juggins“
Kino & VIP-Talk
Coffee-shop - Winzerausschank - Cocktailbar
Info-Börse - Anders Reisen - Bookshop
Last minute u.a.
EINTRITT FREI

Der alltägliche Schwindel

Dachser zieht um

Spedition baut in CargoCity Süd modernes Logistikzentrum

Von Mike Szymanski

Die Spedition Dachser gibt ihr Areal in Fechenheim auf und zieht voraussichtlich Ende kommenden Jahres in die CargoCity Süd am Flughafen.

61000 Quadratmetern neue Lager- und Umschlagshallen sowie Verwaltungsgebäude errichten. Moderne Computertechnik soll die Umschlaggeschwindigkeit...

Wenn es nach der täglichen FAG-Propaganda geht, dann werden fast jeden Tag Arbeitsplätze auf dem Flughafen eingerichtet. So hieß es auch: Dachser würde 900 Arbeitsplätze schaffen. April, April! Es ist nur ein Umzug und die Spedition bringt ihre Leute natürlich von Fechenheim mit.

Angaben der Flughafen AG zufolge, nach denen die Firmenansiedlung in der CargoCity Süd mit der Schaffung von etwa 900 Arbeitsplätzen auf dem Flughafen verbunden ist, wollte Schwertler keine genauen Angaben machen. Er könne zur Zeit aber davon ausgehen, daß...

Der Müll und das Geld

Nicht nur Zustimmung für neuen Abfallwirtschaftsplan

Von unseren Korrespondenten

Auf ein unterschiedliches Echo ist die Abfallplanung des Umweltministeriums gestoßen: Während der Geschäftsführer der Rhein-Main Abfall GmbH (RMA), Peter Postleb, Ungereimtheiten in dem Papier entdeckt, kommt Zustimmung aus Darmstadt oder Wetzlar. Lahn-Dill-Landrat Karl Ihmels (SPD) erwartet Nachahmer für das System Trockenstabilat.

greifen. Der Marburger Abfalldezernent Thomas Naumann (SPD) sieht darin eine „dauerhafte wirtschaftliche Lösung“ und sich deshalb vom Dietzel-Papier nicht betroffen.

Der Gießener Landrat Karl Ihmels (SPD), der den Plan begrüßt, erwartet hingegen einen Schub für den Spezialweg seines Kreises mit der Vorbehandlungsmethode Trockenstabilat: „Es wird Nachahmer geben“, sagt Ihmels, die versuchen, mit diesem System ihre Kosten zu reduzieren. Sein Vorschlag: Frankfurt solle bei der anstehenden Revision der MVA vor allem im Winter

FRANKFURT A.M. Verwunderung erregt der Entwurf des Abfallwirtschafts-

Nachlesenswert: „Frankfurter Rundschau“, August 1999

Höhere Müllgebühren unvermeidlich?

Die Fakten: Steigende Müllmengen (ab 1998 um 1,61%).

Reduziertes Gebührenaufkommen (durch Umstellung der Mülltonnen und Beibehaltung des Berechnungsmodus nach Größe der Restmülltonnen sparten die Bürger durch kleineres Restmülltonnenvolumen).

Anstatt Ablagerung des Mülls auf der Deponie Büttelborn ab 1.7.99 Verbrennung in Darmstadt (ZAS). Die Ablagerungsgebühr in Büttelborn DM 250,-/t, Verbrennung bei der ZAS DM 430,-/t.

Unsere Kritik: Entgegen dem „marktwirtschaftlichen Prinzip“ wurde nicht die günstigste Verbrennungsfirma gesucht. Laut gesetzlichen Bestimmungen hätte man den Zeitrahmen bis zur unbedingt vorgeschriebenen Verbrennung (ca. 5 Jahre) ausnutzen können. Ungünstiger Vertrag mit der ZAS (Verbrennungsgebühr bleibt, auch wenn die Tonnage sinkt).

In der letzten Sitzung des Stadtparlaments vor der Sommerpause wurde mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der DKP/OL-Fraktion beschlossen, die Gebühren zu erhöhen. Es war ein „Ankündigungsbeschluß“ und er war notwendig, damit rückwirkend zum 1.7.99 neue Gebühren festgelegt werden können.

Die Höhe der neuen Gebühren soll erst im Herbst - wenn man genaueren Überblick hat - bestimmt werden.

In der Zwischenzeit blieb die Politik nicht stehen. Gravierende Einschnitte wurden beschlossen, bzw. kündigen sich an.

Da ist zu nennen die Beteiligung der BRD am Kosovo-Krieg mit schweren finanziellen Belastungen; das sogenannte Sparpaket Eichels mit „sozialen Grausamkeiten“ gerade für die unteren Einkommensschichten (Arbeitslose, Rentner...).

Eine weitere Runde der Ökosteuer, die gerade die kleinen Leute trifft. Diese können nicht die Mehrbelastung durch Entlastungen kompensieren.

Da kann man nicht so tun, als würde die Kommunalpolitik fernab von dem stattfinden. Nicht nur eine andere Regierung forderten und wählten die Bürger, sondern sie wollten eine andere Politik. Die Umverteilung von unten nach oben sollten endlich umgekehrt werden. Statt dessen wird die soziale Spaltung der Gesellschaft vertieft; und sie bürdet in hässlicher Fortsetzung der Politik der alten Regierung ausgerechnet denen unzumutbare Opfer auf, die auf Schutz und solidarischen Ausgleich existenziell angewiesen sind: den Rentnern und Arbeitslosen.

Deshalb sagen wir: In Sachen Gebührenerhöhung ist für uns noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Provisorium bleibt weiter bestehen

Der Radweg in Mörfeldens Osten ist an der Kreuzung B44/B486 (Luley-Kreuzung) unterbrochen. Früher führte er über das Privatgelände der Tankstelle. Als dort eine Einzäunung errichtet wurde, standen die Radfahrer im Straßen Graben. Die Stadt intervenierte beim Straßenbauamt, welches für die Bundesstraße zuständig ist.

Bürgermeister Brehl gab bekannt, daß diese Kleinmaßnahme im Zusammenhang mit dem Ausbau der Einmündung Industriestraße/B 486 erledigt würde. Nun sind diese Arbeiten abgeschlossen, aber der Radweg dennoch nicht komplettiert. Wer hat also die Sache verschlafen, das Straßenbauamt oder unsere Stadtverwaltung?



Anzeige

Die Freiheit der Stromkunden

Von der Liberalisierung der Stromversorgung soll hier die Rede sein. Seit der Gesetzgeber 1998 - angetrieben von Brüssel und den Konzernen - die Monopolisierung der Stromversorger aufhob, tut sich etwas auf dem Markt. Jüngst schickte die HEAG, unser regionaler Energielieferant, an alle Haushalte ein Schreiben, in dem sie für eine zweijährige Verpflichtung einen Sonderpreis einräumt. Die Zeitungen berichten fast täglich über Preiskämpfe, Durchleitungsgebühren, Gerichtsentscheidungen. Der Endpunkt wird sein - so schätzen Fachleute - dass die Großen das große Geschäft machen und die Kleinen auf der Strecke bleiben. Es wird also so sein, wie in anderen Branchen auch. Anders als im Telefonmarkt haben wir es hier aber nicht mit einem stark expandierenden Markt zu tun. Der Kuchen wird nur anders verteilt, er wird nicht größer. Es war in einer Tageszeitung zu lesen, dass die HEAG zu den „Top Ten“ in Sachen niedriger Preis gehört.

Doch sollte man sich über die propagierten Billigangebote keine Illusionen machen. Denn etwa die Hälfte des Stromtarifs besteht aus Transportkosten und ca. 10 Pfennig entfallen auf Steuern und Gebühren.

Die Frage ist, welchen Vorteil hat der Verbraucher?

Bis jetzt wurden fast ausschließlich die Großkunden umworben und bekamen Preisnachlässe eingeräumt. Solche Billigangebote können, aber nur langfristig gewährt werden, wenn der Lieferant sich am Kleinkunden schadlos hält. Fazit: Für Otto Normalverbraucher ändert sich wenig, denn irgend jemand muss für die Gewinne der Stromindustrie bluten. Billiger Strom wird bei Großverbrauchern keinen Anreiz zum Energiesparen auslösen, im Gegenteil.

Die Stadt hat Nachteile

Bisher zahlte die HEAG ca. 2 Mill. DM im Jahr an Konzessionsgebühr an die Stadt. Dies soll ein Ausgleich sein für die Inanspruchnahme von Straßen, Plätzen etc. Die Gebühr ist an den Stromverbrauch im Stadtgebiet gekoppelt. Sinkt das Liefervolumen der HEAG, weil sich Private und vor allem Firmen aus der seitherigen Bindung lösen, fließt weniger Geld in die Stadt-

kasse. Zu glauben, dass dann die anderen Stromlieferanten einspringen, ist eine Illusion.

Was wird aus Stadtwerken, die Strom und Fernwärme erzeugen? Sie werden mit der Großkonkurrenz kaum Schritt halten können. Entweder sie werden von den Großen geschluckt, also privatisiert, oder müssen schließen. Und das alles zu welchem Nutzen?

Was wird aus der Alternativenergie?

Jetzt wird die Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen wie Sonne, Wind, Biomasse subventioniert. Die Anlagen sollen durch Serienproduktion in ein paar Jahren mit anderen Energieträgern konkurrieren. Aufgrund eines rüdnösen Preiskampfes wird der Spielraum der Stromproduzenten enger. Die Gefahr, dass der Schadstoffausstoß unvermindert weitergeht, dass Atomkraftwerke weiter betrieben werden, wächst.

R.D.



Wochenzeitung der DKP

Probeexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion

Erlebnisbahn

Am 7.8.99, 22.13 Uhr pünktliche Abfahrt des Regionalexpreß in Frankfurt. Nach ca. 500 m plötzlicher Stopp. Haltezeit für Lokreparatur bis 22.58 Uhr. Ca. 1 km Fahrt, erneuter Halt vor Mainüberquerung (ca. 20 Min.). Signal stand auf Rot. Im Bahnhof Niederrad 5 Min. Halt bis 23.25 (angeblich Signalstörung in Sportfeld). In Mörfelden hatte der Zug 70 Min. Verspätung. Vorschlag: Umbenennung der Riedbahnstrecke in Erlebnisbahn.

Teures Baugebiet

Nicht im Sinne von lieb und wert, sondern von hochpreislich wird das Bauen im neuen Baugebiet Passage/Lange Äcker.

Auf Initiative von Grün/Schwarz wurde vor über 10 Jahren diese Stadtausweitung angegangen. Es folgten hydrologische und Lärmgutachten. Ein erneutes Gutachten zur Umlegung der 2,5 Mill. DM teuren Lärmschutzwand entlang der Bahn wurde in Auftrag gegeben, ebenso die Dimension der Wand errechnet. Eine Satzung wird festlegen, wie die einzelnen Grundstücke (Abstand zur Bahn und Geschossigkeit wird eine Rolle spielen) zu den Kosten für die Lärmschutzwand herangezogen werden.

Aber nicht nur die Bewohner des Neubaugebietes müssen blechen. Auch die Bewohner etwa ab Bahnstraße bis hin zur Kelsterbacher Straße müssen mit einem Gebührenbescheid rechnen. Denn die Schutzwand wird etwa ab Langstraße aufgestellt. Die Anwohner der Piermontstr. kommen also in den Genuß der Lärmdämmung. Allerdings werden sie andererseits mit Autolärm zu rechnen haben, weil die neuen Bewohner diese Straße benutzen.

Mindestens 10% der Kosten werden an der Stadt hängenbleiben, ebenso die Gutachten drücken auf den Stadtsäckel, der andere Teil wird die Erschließungskosten erhöhen. Mit den Beträgen für Regenwasserversickerung, Ausgleichsmaßnahmen etc. wird den Grundstückseignern die Freude am Baugrund getrübt.

Ungeklärt ist bisher, wie sehr die Anwohner der gegenüberliegenden Revolstraße mit dem Lärmecho der Schutzwand belastet werden. Zwar sagt ein Gutachten eine Steigerung von 0 bis 1 db(A) voraus. „Kaum wahrnehmbar“, sagt die Verwaltung. Aber eine Steigerung des Lärm um 3 db(A) ist eine Verdoppelung. Ob dem Gutachten zu trauen ist? Jedenfalls sollte vor Baubeginn eine Lärmmessung stattfinden, die nachher überprüft werden kann. Aber was geschieht, wenn der Gutachter sich geirrt hat und der reflektierte Lärm größer als berechnet ist? Wer bezahlt dann eine weitere Lärmschutzwand?

Man darf auf die Bürgerversammlung zu diesem Thema am 13.10.99 gespannt sein.

Stadtgeschichten



Sommerzeit ist Schwimmbadzeit, das war auch so in Mörfelden im Jahre 1928. Diese Jahreszahl steht auf der Rückseite des hier abgebildeten Fotos, und es war die erste Saison der in den Jahren 1926/27 von der Gemeinde Mörfelden gebauten Freizeitanlage. Das auch für heutige Verhältnisse schon große Schwimmbad gehörte zu den ersten seiner Art im Kreis Groß-Gerau und im ganzen Hessenland. Die Mörfelder waren stolz auf ihr Schwimmbad mit dem Fünfmeter- Sprungturm und seinem 100 Meter langen kombinierten Kinder-, Nichtschwimmer- und Schwimmerbecken, und sie nutzten es entsprechend. Schon früh bildete sich bei den „Freien Turnern“, dem Vorläufer der „SKV“, eine Wassersportabteilung. An den Emblemen auf ihrer Badebekleidung kann man erkennen, daß sich die auf unserem über 70 Jahre alten Foto zu sehende Gruppe ebenfalls aktiv dem Sport verschrieben hatte. Trotz aller neuzeitlichen Einrichtungen, wie Umkleidekabinen (Einzel- und Sammelumkleide für Frauen und Männer) sowie mehreren Duschen und Toiletten, gab es noch so etwas wie eine Badesees- Atmosphäre. Die Kleider hingen an am Zaun befestigten, Kleiderhaken, und die Fahrräder durften selbstverständlich mit an den Lagerplatz. Dieser befand sich an der Ostseite des Beckens und bestand nicht aus einer grünen Liegewiese, sondern aus einer großen Fläche mit weißem Sand. Auf unserem Bild sind zu erkennen: Amalie „Male“ Hechler geb. Schellhammer; Dorothea Schöneberger geb. Gernandt; Luise Schaffner, geb. Gernandt; Marie Schultmeyer; Luise Jungmann geb. Fritz. Unten sitzend von links: Ludwig Schaffner, Philipp Dickaut „Emil“, die Kinder Heinrich Feutner, Luise Schöneberger?, Philipp Gernandt.



Anzeige

Nachkriegszeit = Vorkriegszeit?

Eine Veranstaltung der „Aktion Toleranz“ und der „Antikriegsinitiative“ Mörfelden-Walldorf mit dem Hamburger Journalisten und bekannten ehemaligen Grünen

Thomas Ebermann

Mittwoch, 1. September 1999, 20 Uhr
im Ev. Gemeindezentrum Mörfelden, Bgm.-Klingler-Straße 25a

Unser Lexikon



**Kerwes
Kürbisse**